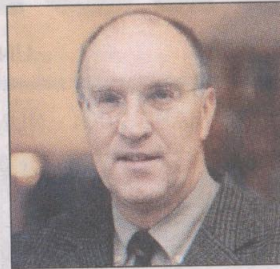


VOR EINEM JAHR BEGANN DER IRAK-KRIEG

„Das alte Europa ist im Aufwind“



Prof. Christian Hacke ist Politikwissenschaftler an der Uni Bonn. Foto hfr

INTERVIEW

Mit Professor Christian Hacke sprach Frank Lindscheid

Terror in Bagdad und Madrid – endet der Sturz Saddams im Debatte?

Für ein endgültiges Urteil ist es zu früh. Die Lage kann in einem Monat oder einem Jahr völlig anders aussehen. Wir sind in einer Übergangsphase, in der die Chancen und Risiken geteilt sind. Derzeit sieht es so aus als ob die Risiken überwiegen. Positiv ist, dass es diesen Diktator nicht mehr gibt. Aber der Preis dafür ist höher als die amerikanische Regierung angenommen hat.

Sehen Sie im Irak Chancen für einen demokratischen Neubeginn?
Der demokratische Neubeginn ist eine Illusion. Der Begriff lenkt von den enormen Schwierigkeiten ab. Wir haben es mit Volksgruppen zu tun, die nach Jahrzehnten, zum Teil Jahrhunderten von Unterdrückung und Feindschaft gegeneinander eingestellt sind. Man sollte die Ziele bescheidener definieren. Es wäre schon viel erreicht,

wenn man Stabilität, Rechtssicherheit, Ruhe und Ordnung schafft. Von Demokratie kann nicht im Ansatz die Rede sein.

George Bush haben die Warnungen nicht vom Krieg abgehalten. Sehen Sie ein Umdenken in Washington?

George Bush ist unter Druck: Im Wahlkampf schlägt ihm scharfe Kritik entgegen – nicht am Krieg selbst, sondern an dem rücksichtslosen Unilateralismus, mit dem der Krieg begonnen wurde, und daran, dass er mit der Arroganz der Macht gegenüber den Verbündeten aufgetreten ist.

Sind die Risse im Bündnis wieder gekittet?

In gewisser Weise. Zweifelsohne hat die Entwicklung den Kriegskritikern Recht gegeben. Es ging übrigens ja auch weniger um die Frage, was Schröder kritisiert hat, sondern wie er es getan hat. Jetzt ist aber klar, dass die Substanz der Kritik in Washington nicht ernst genug genommen wurde.

Brauchen die Amerikaner das „alte Europa“?

Das „alte Europa“ ist im Moment sehr stark. Gerade nach

Madrid – unabhängig davon wie das Wahlergebnis zustande gekommen ist, ist das „alte Europa“ im Aufwind.

Spanien zieht nach den Anschlägen seine Truppen aus dem Irak ab. Ein richtiges Signal oder ein Triumph der Terroristen?

Das ist das dramatisch Neue. Früher versuchte die Politik, den Terrorismus zu bestimmen und zu bekämpfen. Jetzt sehen wir, dass der Terrorismus direkt die westlichen Demokratien beeinflusst. Aber es gibt zwei Auffassungen – und beide haben gute Argumente. Aus Sicht der US-Regierung sind die Spanier eingeknickt und haben damit den Terroristen nachgegeben. Man kann es aber auch so sehen, dass die Bevölkerung schon immer gegen den Krieg war und die konservative Regierung jetzt ihre Quittung bekommen hat. Es bleibt abzuwarten, welche Schlussfolgerungen El Kaida zieht. Das ist das wirklich Gefährliche, denn in Polen, in Großbritannien, in Italien oder 2006 in Deutschland stehen Wahlen an. Über Europa schwebt ein Damoklesschwert. Es ist schwer zu sagen, wie man weiteren Anschlägen vorbeugen kann.

Misstrauen gegen USA ist weltweit gewachsen

Ein Jahr nach dem Beginn des Irak-Krieges ist nach einer weltweiten Umfrage das Misstrauen gegen die USA gewachsen. Das unabhängige US-Institut Pew Research Center hatte mehr als 7500 Menschen in neun Ländern befragt. Nicht nur in Frankreich und Deutschland, die gegen den Krieg waren, sondern auch in Großbritannien sehen die Befragten die USA jetzt in einem ungünstigeren Licht als vor einem Jahr. Nur noch 58 Prozent der Briten, 12 weniger als bei einer Befragung im Mai 2003, haben allgemein eine positive Meinung von den USA. In Deutschland fiel diese Einschätzung von 45 auf 38 Prozent, in Frankreich von 43 zu 37 Prozent. Wut und Abneigung sind nach der Umfrage in den Ländern Jordanien, Pakistan und Marokko so stark, dass die jeweilige Mehrheit meint, Anschläge im Irak auf Amerikaner oder andere Gruppen aus dem Westen seien gerechtfertigt. dpa

Lehmann fordert „gerechten Frieden“

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, hat anlässlich des Jahrestages des Kriegsbeginns gegen Irak dazu aufgerufen, schnellstmöglich eine Ordnung in dem Land herzustellen. „Auch wer den Krieg für ungerecht hielt, muss jetzt alles dafür tun, dass im Irak ein gerechter Friede entsteht“, sagte Lehmann der „Bild“-Zeitung